



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

26. Juni 2023

Äthiopien

Hunderte Hungertote in Tigray – Wiederaufnahme der Hilfslieferungen gefordert

Humanitäre und kirchliche Verbände in Äthiopien haben eine Wiederaufnahme der Hilfslieferungen gefordert. Nach Schätzungen sind im Regionalstaat Tigray in den vergangenen drei Monaten fast 600 Menschen an Hunger gestorben. Anfang Juni 2023 hatten das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) sowie United States Agency for International Development (USAID) die vorläufige Aussetzung von Nahrungsmittelhilfen für Äthiopien verkündet, nachdem Untersuchungen ergeben hatten, dass Hilfsgüter unterschlagen und auf Märkten verkauft werden. Tatverdächtige konnten jedoch nicht ermittelt werden. Vermutet werden Angehörige der Sicherheitskräfte. Nach Angaben lokaler Behörden kommt bereits seit Ende April 2023 keine regelmäßige Lebensmittelhilfe mehr an. Am 20.06.23 kündigte WFP an, dass man alles tun werde um sicherzustellen, dass zukünftig humanitäre Hilfe jene Bevölkerungsgruppen erreichen wird, die darauf angewiesen sind.

Tigray leidet infolge des bewaffneten Konflikts in der Region seit über zwei Jahren unter Nahrungsmittelknappheit. Der äthiopischen Regierung war vorgeworfen worden, durch die Verhängung einer faktischen Blockade Tigrays, Hunger als Waffe einzusetzen. Nach dem im November 2022 geschlossenen Abkommen zur Einstellung der Feindseligkeiten (Cessation of Hostilities - CoH) erreichten wieder erste Hilfsgüter die Region.

Tote und Verletzte nach Angriff amharischer Milizen

Bei einem Angriff amharischer Milizen (Fano) auf ein Dorf in der Woreda (Bezirk) Kiremu in der Zone East Wollega im Westen des Regionalstaates Oromia am 16.06.23 wurden nach Behördenangaben acht Zivilisten getötet und 13 verletzt. 15 Menschen werden vermisst. Die Angreifer sollen zudem 3.000 Rinder mitgenommen haben.

Fano widersetzt sich der Aufforderung der äthiopischen Bundesregierung im April 2023, landesweit alle regionalen Spezialeinheiten in die staatliche Polizei und die nationale Armee zu integrieren und Milizen zu entwaffnen. Seitdem kommt es immer wieder zu Konfrontationen zwischen Fano und den Sicherheitskräften (vgl. BN v. 24.04.23).

Afghanistan

Neuer Report zur Lage der Frauen in Afghanistan

Am 20.06.23 präsentierte der UN-Sonderberichterstatter Richard Bennett im Rahmen des 53. Treffen des Menschenrechtsrates seinen neuen gemeinsamen Report mit der „UN-Working Group on discrimination against women and girls“ zur Lage von Frauen und Mädchen in Afghanistan. Der Report betont, dass die Dekrete und Richtlinien der Taliban Frauen aus dem öffentlichen Leben ausgegrenzt haben, und hebt hervor, dass die diskriminierenden Praktiken und die extreme Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Afghanistan völlig inakzeptabel seien und möglicherweise den Tatbestand eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit erfüllen könnten. Die Taliban bezeichneten den Bericht als Propagandakampagne, welcher die Realität nicht widerspiegeln würde.

UN-Sicherheitsrat: Diskussion der Situation in Afghanistan

Am 21.06.23 diskutierte der UN-Sicherheitsrat die Situation in Afghanistan. Es wurde vor allem die von den Taliban durchgesetzte „Gender Apartheid“ kritisiert. Über die Fortsetzung von Sanktionen und die Bedingungen für humanitäre Hilfe gab es Uneinigheiten unter den Teilnehmenden. Auch bei einem Treffen des UN-Menschenrechtsrats am 19.06.23 war die Missachtung von Menschenrechten durch die Taliban, besonders gegenüber Frauen und Mädchen, kritisiert worden.

Verfolgungslage

Am 19.06.23 wurde bekannt, dass ein Bodyguard des ehemaligen Geschäftsführers der Regierung und Vorsitzenden des Nationalen Aussöhnungsrates Abdullah Abdullah und sein Bruder von den Taliban verhaftet wurden. Beide hatten vor der Machtübernahme der Taliban für die Sicherheitskräfte gearbeitet und stammen ursprünglich aus der Provinz Panjshir. Am 20.06.23 wurde der Staatsanwalt eines Militärgerichts der ehemaligen Regierung in der Provinz Parwan von den Taliban festgenommen. Nach zweitägiger Haft ist der Journalist Reza Shahir am 19.06.23 freigekommen. Er soll während der Haft von den Taliban gefoltert worden sein. Die Hintergründe der Verhaftung sind unklar.

In der Provinz Sar-e Pul wurde am 21.06.23 ein Dorfältester von Talibankämpfern getötet. Die Taliban bestätigten den Vorfall und die Verhaftung eines Täters. Es soll sich um einen persönlichen Konflikt gehandelt haben.

Laut einer unbestätigten Twittermeldung des ehemaligen Gouverneurs der Provinz (in der Republik), Naqibullah Faiq, hat es in Faryab innerhalb des letzten Monats 22 Selbstmorde, 17 alleine von jungen Frauen, gegeben. Die Gründe dafür seien Armut, Arbeitslosigkeit oder Zwangsheiraten.

Regierungsführung

Am 20.06.23 kam es zur zweiten offiziellen öffentlichen Hinrichtung seit der Machtübernahme der Taliban. Der Mann war des Mordes an fünf Personen schuldig gesprochen worden und wurde vor einem Publikum von ca. 2.000 Menschen in einer Moschee der Stadt Sultan Ghassi Baba, Provinz Laghman, erschossen.

Am 20.06.23 wurde berichtet, dass Meta, die Muttergesellschaft von WhatsApp, zahlreiche WhatsApp-Konten von Taliban-Funktionären und Soldaten gesperrt oder vorübergehend deaktiviert hat. Metas Beschränkungen für die Taliban sind auf US-Sanktionen zurückzuführen, die die Erbringung von Dienstleistungen für die Gruppe zu einer Straftat machen.

Algerien

Haftstrafe für Journalisten

Laut Pressemeldungen vom 20.06.23 wurde der Journalist Ihsane El Kadi zu insgesamt sieben Jahren Haft verurteilt. Der Gründer von Radio M und der Nachrichtenseite Maghreb Émergent hatte von seiner in Großbritannien lebenden Tochter Geld erhalten, um die Gehälter der Mitarbeitenden und laufende Ausgaben zu bezahlen. Dies wurde von den Behörden als Auslandsfinanzierung bezeichnet, welche seit April 2023 verboten ist (vgl. BN v. 03.04.23 u. 24.04.23).

Gambia

Kritik an Haftbedingungen; langwierige Untersuchungshaftverfahren

Laut Medienberichten wies ein Bericht des parlamentarischen Menschenrechtsausschusses auf problematische Bedingungen in den besuchten Polizeieinrichtungen und Gefängnissen des Landes hin. Bereits im Oktober 2022 kritisierte der Ausschussvorsitzende die Haftbedingungen als inakzeptabel (vgl. BN v. 11.10.22).

Der Ausschuss sprach von „abscheulichen und unhygienischen Zuständen“ in einigen Hafteinrichtungen und bemängelte weitere „Anomalien“, ohne nähere Angaben zu machen. Die Belüftung, Hygiene- und Sanitärbedingungen seien in den meisten Haftzellen der Polizeistationen unzureichend. Zudem fehle es in den meisten Hafteinrichtungen an einer angemessenen Versorgung der Inhaftierten mit Nahrungsmitteln. Polizei- bzw. Gefängnismitarbeitende trügen zur Verpflegung der dort einsitzenden Gefangenen bei.

Fälle langandauernder Untersuchungshaft seien weiterhin ein Problem. In den Gefängnissen Janjanbureh und Mile 2 säßen Personen ein, die seit mehreren Jahren auf ihr Urteil warten würden. Der Ausschuss erwähnte einen Fall

eines Untersuchungshäftlings, der seit über 14 Jahren auf seinen Prozess warten würde. Von den insgesamt 71 in Janjanbureh einsitzenden Personen seien fast die Hälfte (30) Untersuchungshäftlinge. Erst zuletzt wies der Vorsitzende des Ausschusses auf sehr hohe Untersuchungshaftzahlen in den Gefängnissen hin (vgl. BN. 11.10.22).

Ghana

18.000 Geflüchtete aufgenommen

Durch den Zustrom aus Burkina Faso angesichts der dort zunehmenden Gewalt ist die Anzahl Geflüchteter in Ghana auf zuletzt rd. 18.000 angestiegen. Dies gab der Vorsitzende des ghanaischen Flüchtlingsrates (GRB) am 20.06.23 in Accra anlässlich der Feierlichkeiten zum diesjährigen Weltflüchtlingstag bekannt. Etwa 10.000 der Geflüchteten seien bereits registriert. Unter den registrierten Geflüchteten befänden sich rd. 3.200 Staatsangehörige aus Burkina Faso. Die restlichen verteilen sich auf etwa 30 andere Herkunftsländer, darunter Kamerun, Côte d'Ivoire, Afghanistan, Sudan, Demokratische Republik Kongo, Syrien, Togo und Liberia. Die Regierung habe eine Non-Citizen Identity Card für Flüchtlinge genehmigt, um Geflüchteten die Teilnahme an sozioökonomischen Aktivitäten zu erleichtern.

Guatemala

Allgemeine Wahlen: Umstrittene Ausschlüsse von Kandidierenden, Problemlagen der neuen Regierung

Am 25.06.23 haben allgemeine Wahlen stattgefunden. Bei dem turnusgemäß alle vier Jahre abgehaltenen Urnengang werden u.a. der Präsident bzw. die Präsidentin des Landes und die Kongressabgeordneten gewählt. Mit amtlichen Wahlergebnissen wird in Kürze gerechnet. Hinsichtlich der Präsidentschaftswahl gilt es als sehr wahrscheinlich, dass erst eine Stichwahl die Entscheidung bringt.

Im Vorfeld der Wahlen sind mehrere Kandidierende in stark umstrittenen Entscheidungen des Obersten Wahlgerichts (TSE) ausgeschlossen worden. Medienberichten zufolge kam es auch zu Demonstrationen und erheblicher Kritik an der Zulassung der als extrem rechts geltenden Kandidatin Zury Ríos Sosa, da sie als Blutsverwandte des ehemaligen Diktators General Ríos Montt (1982-1983) verfassungsrechtlich nicht für politische Ämter kandidieren dürfte.

Dem amtierenden Präsidenten Alejandro Giammattei ist es verfassungsrechtlich untersagt, für eine zweite Amtszeit zu kandidieren. Während seiner Amtszeit übten internationale Beobachtende regelmäßig Kritik an einer zunehmenden Gleichschaltung der Institutionen sowie einer Einschränkung der Demokratie. Insbesondere die Situation im Bereich Pressefreiheit hat sich deutlich verschlechtert. So stellte etwa die regierungskritische Zeitung El Periódico angesichts von Repressionen und Kriminalisierung ihre Arbeit im Mai 2023 ein. Ihr Gründer José Rubén Zamora Marroquín war am 15.06.23 in einem umstrittenen Gerichtsverfahren wegen vermeintlicher Geldwäsche zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Auch mehrere Justizbeschäftigte, vor allem im Bereich Antikorruptionsermittlungen haben das Land aufgrund von Kriminalisierung und Bedrohungen verlassen, andere sind inhaftiert worden. Guatemala belegte im jährlich veröffentlichten Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International 2022 Platz 150 von 180 Ländern.

Honduras

Gefängnisaufrüstung: Mindestens 46 Tote in Frauengefängnis

Am 20.06.23 sind bei einem Gefängnisaufrüstung im Frauengefängnis Centro Femenino de Adaptacion Social von Támara mindestens 46 Frauen im Rahmen gewaltsamer, bewaffneter Angriffe von Mitgliedern der Mara 18 auf Mitglieder der rivalisierenden Bande MS-13 getötet worden.

Irak

Gewalt gegen Frauen: Ehemann tötet Frau und Schwägerin

Am 19.06.23 hat ein 19-jähriger Mann mutmaßlich seine 20-jährige Ehefrau durch Schusswunden getötet und deren 16-jährige Schwester schwer verletzt. Der Vorfall ereignete sich im Elternhaus der beiden Schwestern in Erbil. Die Schwester starb einen Tag später an ihren Verletzungen. Der Vater der Getöteten berichtete, dass seine Tochter während der viermonatigen Ehe Todesängste vor ihrem Mann geäußert hatte. Der mutmaßliche Täter befindet sich in Gewahrsam. Fälle von (tödlicher) geschlechtsspezifischer Gewalt kommen in ganz Irak, inklusive in der kurdischen Region, häufig vor.

Tishreen-Protteste 2019: Lebenslange Haftstrafe für hochrangigen Sicherheitsbeamten

Am 25.06.23 verurteilte das Strafgericht in Dhi Qar Omar Nazar zu einer lebenslangen Haftstrafe für die Verantwortung am Tod von 30 Demonstrierenden und über 200 Verletzten. Das Gericht hat es als erwiesen angesehen, dass Nazar im November 2019 den Befehl gegeben hatte, mit scharfer Munition auf die Protestierenden in Nasiriya zu schießen, welche eine Straße blockiert hatten. Irak erlebte ab Oktober 2019 andauernde Massenproteste u.a. gegen Korruption, die wirtschaftliche Lage, Arbeitslosigkeit und ausländische Intervention.

Türkischer Luftangriff in Dohuk

Am 24.06.23 bombardierte die türkische Luftwaffe die Bergregion von Metina (Provinz Dohuk); Zivilpersonen wurden Berichten zufolge nicht verletzt, das Gebiet ist aufgrund des Konflikts zwischen der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und dem türkischen Militär Sperrzone.

Irak / Iran

Konflikt zwischen Komalafractionen

Am 22.06.23 ist ein Konflikt zwischen den Fraktionen Shorshger und Zahmatkeshan der iranisch-kurdischen Komala in der Region Zirgwez (Provinz Sulaimaniyya/Irak) eskaliert, nachdem ein Wiedervereinigungsversuch am 21.06.23 gescheitert war. Zwei Kämpfer der Zahmatkeshan starben, Shorshger und Zahmatkeshan machten sich gegenseitig für die Eskalation verantwortlich. Die Komala ist in mindestens drei Zweige aufgeteilt, Shorshger und Zahmatkeshan hatten im November 2022 angekündigt, sich nach 15 Jahren wieder vereinen zu wollen.

Iran

Todesstrafe: Hinrichtung nach langjähriger Inhaftierung wegen Mordvorwurfes

Am 21.06.23 wurde laut Medienberichten das Todesurteil gegen einen Häftling des Zentralgefängnisses von Sanandaj (Provinz Kordestan) vollstreckt. Der Mann sei kurdischen Menschenrechtsorganisationen zufolge beschuldigt worden, im Jahr 2011 ein Mitglied der Revolutionswächter (kurz: Sepah, engl. IRGC) getötet zu haben. Er habe sich seither in Haft befunden und mutmaßlich ein Geständnis unter Zwang abgelegt. Gegen die bevorstehende Hinrichtung protestierten am Abend des 20.06.23 mehrere Personen vor der Haftanstalt. Laut Medienberichten verzeichnet Iran für das laufende Jahr einen Anstieg an vollstreckten Todesurteilen (vgl. BN v. 08.05.23 u. 15.05.23).

Religiöse Minderheiten: Verurteilung eines Baha'i-Gläubigen

Medienberichten zufolge sei ein 26-jähriger Angehöriger der Baha'i-Religion am 21.06.23 zu einer fünfjährigen Haftstrafe und zwei Jahren Ausreiseverbot verurteilt worden. Zudem seien persönliche Gegenstände des Mannes dauerhaft beschlagnahmt worden. Ihm werde vorgeworfen Propaganda gegen das System und für die Baha'i-Religion verbreitet zu haben.

Alternativstrafen für Hijab-Verstöße

Auslandsmedien berichten von der Verurteilung einer Frau zu 270 Stunden unbezahlter gemeinnütziger Arbeit, weil sie die muslimischen Bekleidungs Vorschriften missachtet habe. Die Arbeit bestehe in der Reinigung öffentlicher

Plätze und Einrichtungen. Zunächst sei eine zweimonatige Haftstrafe vorgesehen gewesen, welche dann abgemildert worden sei.

Einer Studentin aus Teheran wurde laut Presseberichten wegen Verstoßes gegen die islamische Kleiderordnung ein zweisemestriges Studienverbot erteilt.

Die verhängten Strafen können als Alternativstrafen betrachtet werden. Nach iranischem Strafgesetz (Art. 638 IStGB) können bei Verstößen gegen das Verschleierungsgebot Haftstrafen bis zu zwei Monaten oder Geldstrafen verhängt werden. Ein Gesetzesentwurf, der bisher nicht verabschiedet wurde, sieht Verwarnungen bei erstmaligen Verstößen oder Geldstrafen im wiederholten Falle, bis hin zur Sperrung von Bankkonten, vor.

Verlautbarungen von Justizvertretern

Laut Medienberichten sei während einer nationalen Justizkonferenz durch den stellvertretenden Justizchef verkündet worden, dass iranische Staatsangehörige im Ausland bei einer Rückkehr in den Iran nicht mit einer Verhaftung am Flughafen zu rechnen hätten. Dies betreffe auch Personen gegen die ein Gerichtsverfahren laufe. Es wurde jedoch nicht konkretisiert, für welche Fälle dies gelten würde. Ziel dieser Ankündigungen ist wahrscheinlich, iranische Investoren zur Rückkehr in das Land zu bewegen.

Justizchef Ezhei verkündete im Rahmen der Konferenz neue Zahlen zu Begnadigungen von Personen, die während der landesweiten Proteste ab September 2022 verhaftet worden seien. Demnach habe man kurz vor dem persischen Neujahrsfest (Nowruz) im März 2023 nicht wie bisher angegeben 22.000, sondern rd. 98.000 freigelassen und begnadigt. Diese Angaben der Justizvertreter lassen sich nicht verifizieren.

Jemen

Anstieg von Maserfällen

Laut Ärzte ohne Grenzen ist die Zahl der Masernfälle im von den Houthis kontrollierten Gouvernement Hajjah drastisch angestiegen, darunter auch schwere Verläufe. Die Gründe hierfür sind u.a. die schlechte Ernährungssituation von gerade kleinen Kindern sowie das nur sehr eingeschränkt funktionsfähige Gesundheitssystem in Jemen und die impfkritische Einstellung der Houthis. Für 2022 berichtet die UN von rd. 22.000 Masernfälle in Jemen, darunter 161 tödliche Verläufe sowie einem Anstieg an Diphtherie und Keuchhusten.

Erster Flug nach Saudi-Arabien

Am 17.06.23 ist der erste Flug von Sanaa nach Saudi-Arabien seit 2016 gestartet. Insgesamt fünf Flüge sollen jemenitische Pilgerinnen und Pilger nach Jeddah bringen, um die Hajj-Pilgerreise nach Mekka zu vollziehen. Die Flugroute soll Berichten zufolge vorerst nicht regelmäßig bedient werden.

Kenia

Mehrere Tote bei bewaffneten Überfällen

In den an Somalia angrenzenden Dörfern Juhudi und Salama (Lamu County) wurden am 25.06.23 fünf Zivilpersonen getötet und zahlreiche Häuser sowie Eigentum zerstört. Die Polizei spricht von einem terroristischen Angriff. Al-Shabaab wird hinter den Überfällen vermutet.

Kosovo

Polizei verhaftet Verdächtige nach Zusammenstößen mit KFOR und Journalisten

Nach aktuellen Medienberichten hat die kosovarische Polizei im Zusammenhang mit den Ende Mai 2023 im Nordkosovo erfolgten Ausschreitungen gegen Soldaten der Kosovo Force (KFOR) nach zwei vorausgegangenen Verhaftungen einen weiteren Verdächtigen festgenommen. Laut Mitteilung der Polizei handele es sich um einen Kosovo-Serben, der am 29. Mai 2023 in der mehrheitlich serbischen Gemeinde Zvečan an den gewaltsamen Zusammenstößen zwischen serbischen Demonstrierenden und der KFOR beteiligt gewesen sein soll. Bei den damaligen Übergriffen, die sich vor dem Hintergrund von Protesten gegen die Einsetzung albanischer Bürgermeister nach den Kommunalwahlen ereignet hatten (vgl. BN v. 24.04.23), waren neben vielen serbischen

Zivilisten auch Dutzende KFOR-Soldaten verletzt worden (vgl. BN v. 05.06.23). Die Polizei habe zudem mitgeteilt, es seien darüber hinaus weitere drei Kosovo-Serben unter dem Vorwurf des Angriffs auf Journalisten festgenommen worden. Der kosovarische Journalistenverband habe bei den damaligen Ausschreitungen in Zvečan und Leposavic auch 30 Übergriffe gegen Journalisten registriert.

Libanon

Wirtschaftliche Lage

Weiterhin führt die wirtschaftliche Lage landesweit zu Protesten und Demonstrationen. Am 23.06.23 kam es zu einer außergewöhnlich großen Demonstration vor dem Gebäude der Notenbank in Beirut. Die Demonstrierenden forderten die Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen, welche die meisten Libanesen daran hindern, auf ihr Ersparnis zuzugreifen. Der Präsident der Notenbank, Riad Salameh, wird inzwischen international gesucht, jedoch von Libanon nicht ausgeliefert. Demonstrationen gegen den Bankensektor führen inzwischen regelmäßig zu Vandalismus gegen Bankgebäude.

Am selben Tag begannen USA und UN mit der Auszahlung einer monatlichen Zahlung von 100 USD an rd. 70.000 Mitglieder der Streitkräfte Libanons. Die Soldzahlungen reichen aufgrund der Inflation der letzten Jahre schon lange nicht mehr zum Bestreiten des Lebensunterhaltes. Es gibt eine Reihe von Hilfsprogrammen, mit dem Ziel Stabilisierung der bewaffneten Kräfte des Landes. Inzwischen sind die meisten Preise in Libanon in US-Dollar ausgezeichnet, da die libanesische Lira einen zu hohen Wertverfall aufweist, um noch funktional als Zahlungsmittel genutzt zu werden. Das Programm soll vorerst für sechs Monate laufen.

Am 22.06.23 gab das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) bekannt, dass ohne kurzfristige Finanzierung ab etwa September 2023 die rd. 700 Schulen und 140 Gesundheitszentren des Hilfswerkes in Libanon ihre Arbeit einstellen müssten.

Mali

Verfassungsreferendum

Am 18.06.23 wurde in Mali über eine neue Verfassung abgestimmt. Das Referendum wird als erster Schritt hin zu den Präsidentschaftswahlen im Februar 2024 gesehen. Laut Medienberichten lag die Wahlbeteiligung bei 39,4 %. Im Vorfeld des Referendums war davon ausgegangen worden, dass die überwiegende Mehrheit mit Ja stimmen wird, da die Kritiker der Militärregierung vor allem im Norden und in Zentralmali leben, in denen aus Sicherheitsgründen keine Wahl stattfinden konnte. Laut Wahlbehörde konnte in 1.121 von landesweit 24.416 Wahllokalen die Abstimmung nicht durchgeführt werden. Am 24.06.23 gab die Wahlbehörde das Ergebnis bekannt. 97,06 % der Teilnehmenden an dem Referendum stimmten für eine neue Verfassung, die die Verfassung von 1992 ablösen soll und eine Zentralisierung des Staatswesens und ein Ausbau der Macht des Präsidenten und der Streitkräfte vorsieht.

Nigeria

Plateau State: Interkommunale Gewalt fordert über ein Dutzend Todesopfer

Im zentralnigerianischen Bundesstaat Plateau sind am 20.06.23 bei einem Ausbruch interkommunaler Gewalt insgesamt mindestens 16 Personen ums Leben gekommen. Medien berichteten unter Berufung auf offizielle Angaben des Militärs vom 22.06. und 23.06.23, dass bei einem der beiden Vorfälle Unbekannte eine lokale Bauernselbstverteidigungsgruppe in der Gegend von Rayom angegriffen und sechs Mitglieder dieser Gruppe getötet haben. Bei dem anderen Gewaltereignis seien bei gleichzeitigen Attacken Unbekannter auf mehrere Gemeinden in der Local Government Area (LGA) Mangu insgesamt zehn Zivilpersonen zu Tode gekommen. Auch seien Gebäude in Brand gesteckt worden. Medienberichten zufolge sollen in der Region bei Konflikten zwischen der Ethnie Berom zuzurechnenden Bauerngemeinschaften und nichtsesshaften (Hirten-)Gemeinschaften der Ethnie Fulani seit Mai 2023 rd. 200 Menschen getötet worden sein.

Zu beachten ist, dass es bei Ausbrüchen interkommunaler Gewalt in u.a. Zentralnigeria zu wechselseitigen Tötungen kommt und die Motivationslage sowie der konkrete Auslöser für ein bestimmtes Gewaltereignis oft nicht

zu ermitteln ist. Hintergrund können ungelöste Konflikte um Land-, Weide- und Wasserrechte sein, aber auch das Streben nach Vergeltung für frühere Gewaltakte oder – bzw. zugleich – schwelende ethnische Rivalitäten. Dass die beteiligten Nichtsesshaften in der Regel muslimischen Glaubens sind und die Sesshaften oft Christinnen und Christen, erhöht die Brisanz der Situation zusätzlich (vgl. BN v. 22.05.23). Auch begünstigt das Fehlen effektiver staatlicher Strafverfolgung in der Region das Aufkommen krimineller Banden, die tödliche Überfälle gegen die Bewohnerschaft kleiner Gemeinden begehen, z.T. mit dem Ziel, Personen zwecks Lösegelderpressung zu entführen. Diese von einigen als „Plateau-Krise“ bezeichnete Gemengelage zählt allein schon angesichts der Anzahl der verhältnismäßig häufig zu beklagenden Todesopfer zu den derzeit offenkundigsten Sicherheits Herausforderungen des Landes.

Militär befreit in Nordnigeria 33 Entführte

In der ersten Junihälfte 2023 haben die nigerianischen Streitkräfte bei verschiedenen Operationen im Nordwesten und in der Nordmitte nach eigenen Angaben insgesamt 42 Banditen, Terroristen und andere Kriminelle eliminiert sowie 33 entführte Zivilpersonen befreit. Auch seien in denselben Regionen fast 100 mutmaßliche Kriminelle von Sicherheitskräften festgenommen worden. Das geht aus einem Medienbericht vom 15.06.23 hervor. Militärische Erfolgsmeldungen dieser und ähnlicher Art sind keine Seltenheit (vgl. BN v. 05.09.22, 06.02.23, 20.03.23 u. 24.04.23).

Pakistan

Blasphemieanklagen

Eurasia Review dokumentierte von Januar bis Mai 2023 landesweit 57 Blasphemieanklagen, davon 28 in der Provinz Punjab, 16 in Sindh, acht in Khyber Pakhtunkhwa und fünf im von Pakistan verwalteten Teil Kaschmirs. Zumeist sind diese gegen religiöse Minderheiten gerichtet. Kürzlich wurden zwei Christen in Lahore der Blasphemie beschuldigt. Vergangene Woche verurteilte ein Gericht in Bahawalpur im südlichen Punjab einen Christen wegen Blasphemie zu einer Todesstrafe.

TTP errichtet Schattenprovinz in Belutschistan

Vergangene Woche hat die Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP) die Errichtung der Schattenprovinz Kalat-Makran im Südwesten von Belutschistan angekündigt. Ziel sei es, nahezu die Hälfte des Gebietes der Provinz Belutschistan zu kontrollieren. 2022 soll die TTP bereits eine Schattenprovinz im Norden von Belutschistan errichtet haben.

ai kritisiert Umgang mit afghanischen Flüchtlingen

Amnesty International (ai) hat anlässlich des Weltflüchtlingstages den Umgang der pakistanischen Behörden mit afghanischen Flüchtlingen kritisiert. So müssten insbesondere die willkürlichen Festnahmen ein Ende finden. Auch kritisieren Menschenrechtsorganisationen den Umgang der pakistanischen Regierung mit der an der Grenze zu Afghanistan lebenden Stammesbevölkerung. Dort käme es regelmäßig zu Feuergefechten und in den afghanischen Luftraum werde mit Drohnen eingedrungen.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Westjordanland: 16 Palästinensische Personen und vier Israelis getötet

Am 19.06.23 wurden im Rahmen einer Militärrazzia, die ca. elf Stunden andauerte, sieben Palästinenserinnen und Palästinenser in Jenin getötet, darunter eine 15-Jährige. Darüber hinaus wurden mehr als 90 palästinensische Personen, sowie acht israelische Militärangehörige verwundet. Im Rahmen der Evakuierung der bewaffneten israelischen Soldatinnen und Soldaten wurden israelische Militärhubschrauber eingesetzt, aus denen ebenfalls gefeuert wurde. Es handelte sich hierbei Medienberichten zufolge um den ersten derartigen Luftunterstützungseinsatz seit ca. 2005.

Am 20.06.23 töteten bewaffnete Mitglieder der Hamas bei einem Angriff nahe der Siedlung Eli mehrere Israelis, darunter einen 17-Jährigen. Die zwei Angreifer wurden daraufhin erschossen. Hunderte israelische Siedlerinnen und Siedler stürmten daraufhin die palästinensische Ortschaft Turmus Ayya und setzten Autos und Gebäude in Brand. Der Bürgermeister des betroffenen Ortes sagte aus, mehr als 30 Häuser und 60 Autos seien in Teilen oder vollständig zerstört worden. Sechs palästinensische Personen wurden verwundet. Palästinensischen

Rettungskräfte bestätigten darüber hinaus den Tod eines Palästinensers. Wenige Tage darauf verhafteten die israelischen Sicherheitskräfte drei Siedlerinnen und Siedler aufgrund des Verdachts der Involvierung in Massenkrawalle in palästinensischen Ortschaften.

Wenige Stunden nach den Auseinandersetzungen in Turmus Ayya, tötete der erste israelische Drohnenangriff auf ein Ziel im Westjordanland seit 2006 drei palästinensische Personen. Dem Militär zufolge wurden mehrere Milizenangehörige in einem Fahrzeug identifiziert, die zuvor bereits der Durchführung mehrerer Angriffe auf Israel verdächtigt worden seien. Die bewaffnete Gruppierung Islamischer Jihad in Palästina verkündete, es habe sich bei zwei der Getöteten um Mitglieder der Gruppierung gehandelt, während der Dritte den al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden, dem bewaffneten Flügel der Fatah, angehört haben soll.

Ein weiterer Palästinenser starb durch Verletzungen, die er im Rahmen von Auseinandersetzungen mit dem israelischen Militär am 23.06.23 in Nablus davongetragen hatte.

Am 24.06.23 eröffnete ein Palästinenser das Feuer auf den israelischen Checkpoint Qalandiya, nahe Jerusalem. Die anwesenden Militärangehörigen erschossen ihn daraufhin. Zeitgleich kam es in mehreren palästinensischen Ortschaften erneut zu Massenbewegungen von israelischen Siedlerinnen und Siedlern, die mit Steinen warfen, Häuser in Brand setzten und auch Schusswaffen einsetzten.

Israel: LGBTIQ-Person getötet

Am 09.06.23 wurde eine 18-jährige Frau aus einer mehrheitlich drusischen Gemeinde im Norden Israels erschossen. Medienberichten zufolge hängt ihr Tod vermutlich mit der Reaktion ihrer Familienmitglieder auf ihre sexuelle Identität zusammen. Zuvor hatte sie bereits mehrfach Todesdrohungen von ihren Brüdern erhalten und schon im Jahr 2020 Beschwerde bei der Polizei gegen zwei Brüder eingereicht. Nach mehrmonatigen Gefängnisaufenthalten und einem behördlich durchgeführten Annäherungsprozess mit ihrer Familie floh sie erneut und begab sich in ein Schutzhaus. Später zog sie zu ihrer Schwester, wo sie eine letzte Beschwerde bei der Polizei gegen ihre Brüder einreichte, kurz darauf jedoch ermordet wurde. Bislang wurden offiziell keine Verdächtigen benannt. Medienberichten zufolge handelt es sich bei der Getöteten bereits um das 99. Opfer von Gewalt in arabischen Gemeinden innerhalb Israels. Eine verhältnismäßig hohe Zahl im Vergleich zu jüdischen Gemeinden (vgl. BN v. 19.06.23).

Republik Moldau

Şor-Partei für verfassungswidrig erklärt

Das moldauische Verfassungsgericht erklärte in einem Urteil am 19.06.23 die oppositionelle und pro-russisch orientierte Şor-Partei des sich im Ausland aufhältigen Oligarchen Ilan Şor für verfassungswidrig und mit sofortiger Wirkung für aufgelöst. Die Partei galt als wesentlicher Antreiber der seit Herbst 2022 stattfindenden Anti-Regierungsproteste, in deren Zuge Demonstrierende laut Medienberichten für die Teilnahme durch die Partei Gelder erhielten. Der Vorsitzende Ilan Şor wurde im April 2023 im Zusammenhang mit Betrugs- und Geldwäschewürfen in Abwesenheit durch ein moldauisches Berufungsgericht zu einer 15-jährigen Haftstrafe verurteilt (vgl. BN v. 17.04.23). Laut Mitteilung des Verfassungsgerichts sollen die gewählten Parlamentsabgeordneten der Şor-Partei weiterhin ihre Mandate als unabhängige Abgeordnete wahrnehmen dürfen, jedoch ohne das Recht, sich anderen Fraktionen anzuschließen. Vertretende der Şor-Partei kündigten an, die Entscheidung beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anfechten zu wollen.

Russische Föderation

Aufstand der „Gruppe Wagner“

Am Morgen des 24.06.23 übernahmen Angehörige der privaten paramilitärischen Organisation „Gruppe Wagner“ unter Führung von Jewgeni Prigoschin die Kontrolle über zentrale Einrichtungen der russischen Streitkräfte in der Stadt Rostow am Don. Vorausgegangen waren ein seit Monaten andauernder Machtkampf zwischen dem Chef des Militärunternehmens und Verteidigungsminister Schoigu sowie nach unbestätigten Angaben Angriffe der regulären Streitkräfte auf ein Feldlager der Söldnergruppe. Im Tagesverlauf besetzte Wagner weitere Militäreinrichtungen in den Oblasten Rostow und Woronesch und rückte internationalen Pressemeldungen zufolge weitgehend

ungehindert mit mehreren Tausend Kämpfern in Richtung Moskau bis in den Oblast Lipezk vor mit dem erklärten Ziel, die Militärführung um Verteidigungsminister Schoigu und Generalstabschef Gerassimow zu stürzen. Als Reaktion wurden in der Hauptstadt Truppen zusammengezogen, Kontrollpunkte eingerichtet und das Anti-Terror-Regime ausgerufen, das den Sicherheitskräften eine weitreichende Überwachung der Kommunikation, Personenkontrollen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit erlaubt. In mehreren südlichen Oblasten wurden Straßensperren errichtet und die Bevölkerung aufgerufen, ihre Häuser nicht zu verlassen. Auf Vermittlung des belarussischen Präsidenten Lukaschenko erklärte sich Prigoschin am Abend des 24.06.23 mutmaßlich aufgrund ausbleibender erwarteter Unterstützung von Militär und Machteliten zum Rückzug seiner Truppen bereit. Nach Behördenangaben ist dieser mit Stand 26.06.23 bereits weitgehend vollzogen. Im Gegenzug sicherte die Regierung den am Aufstand beteiligten Söldnern Straffreiheit und Prigoschin persönlich darüber hinaus einen freien Abzug nach Belarus zu.

Während des 24-stündigen Aufstands sollen nach Berichten russischer Militärblogger sieben Hubschrauber und Flugzeuge der Luftstreitkräfte von der „Gruppe Wagner“ abgeschossen worden sein mit in der Folge laut divergierenden Angaben 13 bis mehr als 20 getöteten Militärangehörigen. Im Dorf Elisawetowka im Oblast Woronesch seien überdies laut der Bezirksverwaltung bei einem der seltenen direkten Schusswechsel zwischen russischen Soldaten und Söldnern 19 Wohngebäude beschädigt worden. Des Weiteren sollen nach einem nicht näher beschriebenen Zusammenstoß mit Anwohnern in Rostow am Don zwei der Anwohner von Mitgliedern der Söldnergruppe festgenommen worden sein. Das Anti-Terror-Regime in Moskau wurde mit Stand 26.06.23 nach Verlautbarung von Bürgermeister Sobjanin wieder aufgehoben.

Senegal

Behörden verbieten mehrere Demonstrationen und Kundgebungen

Medienangaben zufolge untersagte der Präfekt von Dakar mehrere in der Zeit vom 23.06. bis 25.06.23 geplante Demonstrationen, zu denen die jüngst gegründete heterogene Oppositionsbewegung Mouvement des forces vives du Sénégal - F24 (vgl. BN v. 24.04.23), die Oppositionskoalition Yewwi Askan Wi (YAW) und die Pressegruppe Walfadjiri aufgerufen hatten. Zur Begründung wurden die Gefahr einer Störung der öffentlichen Sicherheit, „Infiltration“ sowie Behinderung des freien Personen- und Güterverkehrs angeführt. Die oppositionellen Demonstrationen hätten sich abermals gegen eine mögliche Kandidatur von Amtsinhaber Macky Sall für eine dritte Amtszeit als Präsident, den anhaltenden de facto Hausarrest von Oppositionsführer Ousmane Sonko und die zeitweilige Suspendierung des Privatsenders Walf TV gerichtet. Auch die Pressegruppe Walfadjiri habe einen Protestmarsch gegen die erneute Abschaltung des Senders organisieren wollen (vgl. BN v. 12.06.23). Sicherheitskräfte hätten am 25.06.23 die verbotene Demonstration der YAW in der Nähe des Hauses von Sonko in Dakar unter Einsatz von Tränengas aufgelöst. Laut einhelligen Medienberichten wurden mindestens vier Parlamentsabgeordnete von YAW, alle zugleich Mitglieder von Sonkos Partei Patriotes africains du Sénégal pour le travail, l'éthique et la fraternité (PASTEF), in Polizeigewahrsam genommen.

Des Weiteren lösten Polizeikräfte am 21.06.23 in Dakar eine Kundgebung von Studierenden der Universität Cheikh Anta Diop vor dem Studierendenwerk auf. Die Hintergründe der Demonstration sind nicht bekannt.

Auch in der Region Matam seien in jüngster Zeit diverse Demonstrationen und Kundgebungen von PASTEF behördlicherseits verboten worden, wobei dies mit fehlenden Einsatzkräften begründet wurde. PASTEF kritisierte die pauschalen Demonstrationsverbote.

Erst zuletzt zeigte sich das UN-Menschenrechtsbüro besorgt in Anbetracht der anhaltenden Einschränkungen der Meinungsäußerungs- und Demonstrationsfreiheit seit den tödlichsten Unruhen seit Jahren (vgl. BN v. 19.06.23).

Tödliche Unruhen: Entwicklung der Strafprozesse gegen Demonstrierende in Dakar

Ein Medium berichtete über die derzeit laufenden Strafprozesse gegen Demonstrierende, die im Kontext der tödlichen Unruhen nach dem Urteil gegen Oppositionsführer Sonko in Dakar festgenommen wurden (vgl. BN v. 05.06.23 u. 12.06.23). Laut staatsanwaltschaftlicher Erklärung vom 13.06.23 wurden allein in Dakar 410 Personen wegen diverser Verstöße gegen das Demonstrationsrecht festgenommen. Mit Ausnahme von Minderjährigen und solchen Personen, denen nur geringe Tatbeteiligungen zur Last gelegt werden, würden Demonstrierende mit der „vollen Strenge des Gesetzes“ verfolgt werden, so ein Staatsanwalt in Dakar. Eine Anwältin gab an, dass die meisten Festgenommenen u.a. wegen Gefährdung der Staatssicherheit und Aufrufes zum Aufstand angeklagt und in

Untersuchungshaft genommen wurden. Der Direktor von Amnesty International im Senegal, Seydi Gassama, äußerte seine Besorgnis über die Aufnahme weiterer Gefangener in den bereits überfüllten Gefängnissen.

Sierra Leone

Präsidenten-, Parlaments-, und Lokalwahl ohne befürchtete Gewalt; Zusammenstöße

Die in angespannter Stimmung abgehaltenen Präsidenten-, Parlaments-, und Lokalwahlen am 24.06.23 verliefen entgegen Befürchtungen weitgehend friedlich ab bei scheinbar hoher Wahlbeteiligung. Vereinzelt gewaltsame Zwischenfälle und Übergriffe von Anhängern politischer Parteien seien jedoch bekanntgeworden. Die Oppositionspartei All People's Congress (APC) von Samura Kamara, der als wichtigster Herausforderer des amtierenden Präsidenten Julius Maada Bio gilt, wiederholte Vorwürfe der Wahlmanipulation (vgl. BN v. 19.06.23). Presseberichte bestätigten Unregelmäßigkeiten wie Verzögerungen und verspätetes Eintreffen von Unterlagen in einigen Wahllokalen. Bisher gibt es keine offiziellen Ergebnisse vonseiten der Wahlbehörde. Internationale Wahlbeobachtende kritisierten zuletzt mangelnde Transparenz bei der Auszählung der Stimmen. Sowohl Kamaras APC als auch Bios Regierungspartei Sierra Leone People's Party (SLPP) beanspruchten unter Berufung auf eigene Zahlen jeweils den Wahlsieg für sich.

Medienberichten zufolge umstellten am 25.06.23 Sicherheitskräfte die APC-Parteizentrale in Freetown, wo sich die APC-Anhängerschaft zahlreich versammelte und feierte. Es sei Tränengas und scharfe Munition zum Einsatz gekommen. Die APC sprach von einem Todesopfer, was bisher nicht unabhängig bestätigt wurde, und Kamara von einem versuchten Attentat auf ihn. Kamara habe zu dieser Zeit eine Pressekonferenz gegeben. Die Polizei rechtfertigte ihr Eingreifen in einer Erklärung mit der Belästigung von Passanten vor Ort durch die APC-Anhängerschaft, die im Übrigen auch durch Freetown gezogen sei und den Wahlsieg proklamiert hätte.

Erst am 21.06.23 hätten Polizeikräfte eine Demonstration der APC an ihrer Parteizentrale gegen Wahlfälschung mit übermäßiger Gewalt und unter Einsatz von scharfer Munition aufgelöst. Laut APC wurden zwei Personen getötet. Die Polizei bestritt Todesopfer, berichtete zuletzt jedoch von Dutzenden Festnahmen. Laut Presseberichterstattung verlief der Wahlkampf ansonsten lange weitestgehend friedlich, war jedoch in der Schlussphase mancherorts von Einschüchterungen, Auseinandersetzungen und auch gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den Anhängerinnen und Anhängern der APC und SLPP in ihren jeweiligen Hochburgen überschattet.

Somalia

Beginn des ATMIS-Truppenabzugs

Die African Union Transition Mission in Somalia (ATMIS) hat entsprechend des Somali Transition Plans (STP) mit dem Truppenabzug begonnen. Laut den Resolutionen sollen bis Ende Juni 2023 2.000 Soldatinnen und Soldaten abgezogen werden. Die erste Militärbasis in Haji Ali (Region Middle Shabelle), die von burundischen Streitkräften genutzt wurde, soll an die somalische Nationalarmee übergeben worden sein.

Angriff auf Militärausbildungslager

Am 21.06.23 sollen offiziellen Angaben zufolge sieben Rekruten getötet und mindestens 18 verletzt worden sein, als zwei mit Sprengstoff beladene Autos vor einem militärischen Trainingslager in der Stadt Bardhere (Region Gedo) explodierten. Al-Shabaab übernahm die Verantwortung für den Angriff.

Gewaltsame Zusammenstöße vor puntländischem Parlament

Während und nachdem das puntländische Parlament in Garoowe am 20.06.23 über Verfassungsänderungen, darunter die Einführung von Wahlgleichheit (engl. „one man, one vote“), debattierte, kam es vor dem Parlament zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Regionalkräften und oppositionstreuen Milizen. Oppositionsgruppen werfen Präsident Said Abdullahi Deni vor, seine Amtszeit zu verlängern oder dazu beizutragen, dass die Wahl im Januar 2024 zu seinen Gunsten ausfällt. Mindestens 26 Menschen, darunter Zivilpersonen, wurden bei den Kämpfen getötet und mehr als 30 verletzt. Am 21.06.23 stimmten beide bewaffneten Fraktionen einem Waffenstillstand zu. Daraufhin sollen sie die Straßen verlassen haben und Geschäfte wieder geöffnet worden sein. Als Reaktion auf die Zusammenstöße hat Said Abdullahi Deni einige Ämter neu besetzt.

Mehr als 30 Menschen von al-Shabaab entführt

Berichten zufolge soll al-Shabaab am 17.06.23 mehr als 30 Menschen, darunter hauptsächlich Clan-Älteste und Kinder, im kürzlich von der somalischen Nationalarmee befreiten Dorf Daru Nicma (Middle Shabelle) gefangen genommen und entführt haben. Nähere Informationen zum Aufenthaltsort der Entführten sind nicht bekannt.

Anhaltender Konflikt in Las Anod

Jüngsten UN-Angaben zufolge sollen im seit Januar 2023 andauernden gewaltsamen Konflikt in Las Anod (Somaliland) (vgl. BN v. 13.02.23, 27.02.23, 06.03.23 u. 24.04.23) bisher über mindestens 36 Zivilpersonen getötet und mehr als 272 verletzt worden sein. Darüber hinaus sollen zwischen 154.000 und 203.000 Zivilpersonen vertrieben worden sein. Medienberichten zufolge griffen im Zeitraum 19.06. bis 25.06.23 somaliländische Streitkräfte Stellungen der Dhulbahante-Miliz in der Nähe von Las Anod an, wobei sie zurückgedrängt worden sein sollen. Beide Seiten sollen Verluste erlitten haben.

Sudan

Bemühungen um anhaltende Waffenruhe

Obwohl der jüngst beschlossene Waffenstillstand vom 18.06. bis 21.06.23 (vgl. BN v. 19.06.23) bis auf wenige Ausnahmen weitgehend eingehalten wurde, kam es kurz vor dem Ablauf der Frist - am 21.06.23 um 06:00 Uhr - zu heftigen Kämpfen zwischen der sudanesischen Armee (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF). Medienberichten zufolge konzentrierten sich die Kämpfe auf das Hauptstadtgebiet und die dazugehörigen Städte Khartoum, Omdurman und Bahri. Dabei sei es zu Luftangriffen, Artilleriebeschuss und Bodenkämpfen gekommen. SAF und RSF wiesen sich gegenseitig die Schuld am Ausbruch der Kämpfe und dem damit verbundenen Bruch der Waffenruhe zu. Im Verlauf der anhaltenden Kämpfe konnten Kräfte der RSF die Oberhand gewinnen und wichtige Punkte wie einen Großteil des Gebäudekomplexes des Präsidentenpalasts, das wichtigste Öl-Terminal im Hauptstadtgebiet und das Hauptquartier der schwer bewaffneten Central Reserve Police besetzen und vorerst auch halten.

Allgemeine Lage und anhaltende Kämpfe

Neben den erneuten und weiter anhaltenden Kämpfen im Hauptstadtgebiet wurden weitere Kämpfe in mehreren Städten Südkordofans gemeldet. So sei es trotz des Waffenstillstandabkommens in Dalanj, derzeit unter Kontrolle der bewaffneten Gruppierung Sudan People's Liberation Movement-North (SPLM-N) – unter Führung von Abdelaziz al-Hilu, zu Kämpfen mit der SAF gekommen. Zudem kam es wiederholt es zu Überfällen, Plünderungen und Übergriffen durch kriminelle und bewaffnete Banden bzw. Gruppierungen.

Auch in der Hauptstadt des Bundesstaates Südkordofan, Kadugli, kam es ab dem 22.06.23 zu Kämpfen. Verschiedene Medien berichteten, dass Angehörige der SAF und einer nicht näher benannten Rebellengruppierung in Kampfhandlungen verwickelt gewesen seien.

Auch in Nyala, Süddarfur, sowie in Al-Fashir, Norddarfur, sei es zu erneuten Kämpfen zwischen SAF und RSF gekommen. Nachdem die Kämpfe zwischen der SAF und RSF in Nyala in ihrer Intensität nachließen, überfielen Medienberichten zufolge bewaffnete Personen in Zivilkleidung den zweitgrößten Markt der Stadt („people's market“) und plünderten die Stände und Geschäfte vor Ort. Obwohl beide Akteure Stützpunkte vor Ort unterhalten, griffen weder Kräfte der SAF noch der RSF ein, um die Plünderung des Marktes zu verhindern. Nachdem bereits der Hauptmarkt der Stadt geplündert und teilweise niedergebrannt wurde, war der „people's market“ die beste Ausweichmöglichkeit für den Handel und die Versorgung der Stadt.

Seit ca. drei Wochen ist auch die Hauptstadt West-Darfurs, El-Geneina, umkämpft. Medienangaben zufolge wurden im Kampf um El-Geneina bisher mindestens 5.000 Menschen getötet und mehr als 8.000 verletzt. Unter Verweis auf Zeugenberichte und Aussagen von vor Ort tätigen Organisationen berichteten mehrere Medien, dass es in El-Geneina zu ethnischen Säuberungen gekommen sei. Man verglich dabei die vorherrschende Situation mit dem Genozid in Ruanda. Bezüglich der Kämpfe in den Darfurregionen spricht auch die NGO Ärzte ohne Grenzen von einer zunehmend ethnischen Dimension.

Syrien

Rukban: US-Militär fliegt erstmals direkt Hilfsgüter ein

Dem Nachrichtenartikel einer internationalen Tageszeitung zufolge erreichte die Bewohnerinnen und Bewohner des Rukban Flüchtlingslagers am 24.06.23 erstmals auf offiziellen Wegen eine größere Hilfslieferung aus den USA, nachdem das in einem nahegelegenen Stützpunkt stationierte US-Militär u.a. Weizensamen, Bewässerungswerkzeug und Schulmaterial für die mehr als 1.000 in Rukban lebenden Kinder eingeflogen hat.

Rukban befindet sich unweit der jordanischen Grenze und liegt entlang der Schnellstraße, die Damaskus mit Bagdad verbindet. Ab 2014 entstand dort ein improvisierter Zufluchtsort, der zwischenzeitlich einmal bis zu 70.000 Menschen beherbergt haben soll, nachdem das US-Militär 2016 im nahegelegenen al-Tanf einen Stützpunkt für die Bekämpfung des IS in der Region errichtete und das dabei entstandene Sperrgebiet gleichzeitig auch für Bürgerkriegsflüchtlinge Schutz vor einer drohenden Verfolgung durch die syrische Regierung und andere Konfliktparteien bot. Schätzungen einer internationalen Hilfsorganisation zufolge sollen sich heute nur noch etwa 8.000 Menschen in Rukban aufhalten.

Die syrische Regierung verweigert der UN seit 2018 grenzübergreifende Hilfslieferungen aus Jordanien oder dem Irak und bezeichnete die Bewohnerinnen und Bewohner des Flüchtlingslagers allgemein als Terroristen. Das US-Militär bildet in al-Tanf u.a. auch lokale Kräfte für den Kampf gegen den IS aus.

Bis zu den kürzlich erfolgten Hilfslieferungen durch die USA, welche auf die Initiative einer syrisch-amerikanischen Hilfsorganisation zurückgehen, waren die Menschen zum Überleben auf eine Schmuggelwirtschaft angewiesen.

Qamishli: Zivilpersonen durch türkischen Drohnenangriff getötet

Einer Stellungnahme der kurdisch geführten Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien (AANES) zufolge wurde die Co-Vorsitzende des Stadtrates von Qamishli, ihr Stellvertreter und der Fahrer des Fahrzeuges am 20.06.23 durch einen Drohnenangriff des türkischen Militärs getötet, als ihr Auto nahe der Stadt von einer Rakete erfasst wurde. Eine vierte Person, ebenfalls ein Mitarbeiter der Verwaltung, soll dabei verletzt worden sein.

Türkei

Verhaftungen während Pride-Parade

Mindestens 50 Personen wurden am 25.06.23 während der jährlichen Pride-Parade in Istanbul von der Polizei festgenommen. Im Vorfeld des erneut verbotenen Pride-Marsches hatte die Polizei den Zugang zur Istiklal-Allee, dem regulären Treffpunkt für Pride-Märsche sowie zum zentralen Taksim-Platz verbarrikadiert. Straßen in der Nähe wurden ebenfalls blockiert, zudem wurde der öffentliche Verkehr in der Gegend eingestellt. Um die Straßensperren zu umgehen, versammelten sich stattdessen Hunderte von Menschen mit Regenbogen- und Transgender-Fahnen im Mistik-Park im Stadtteil Sisli. Sie skandierten Slogans, während die Organisatoren eine Erklärung anlässlich der Pride-Woche verlasen. Die Demonstration wurde von der Polizei gewaltsam aufgelöst. Nach Angaben von Amnesty International erlitt mindestens eine Person Kopfverletzungen.

In der Küstenstadt Izmir, der drittgrößten Stadt des Landes, nahm die Polizei am 25.06.23 mindestens 44 Personen fest, nachdem die Behörden den Pride-Marsch verboten hatten.

Tunesien

Ermittlungen wegen Präsidentenbeleidigung

Am 20.06.23 wurde Presseberichten zufolge der Journalist und Radiomoderator Zied El Heni verhaftet, nachdem ein Richter angeordnet hatte, ihn vor seinem Prozess wegen angeblicher Beleidigung von Präsident Kaïs Saïed in Untersuchungshaft zu nehmen. Zwei Tage später wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt, die Ermittlungen dauern jedoch an. Die freie Meinungsäußerung in Tunesien wird im Rahmen des staatlichen Umbaus seit dem 25.07.21 zunehmend eingeschränkt.

Politikerin bleibt in Haft

Medienangaben folgend wurde am 23.06.23 zunächst durch die tunesische Justizeinheit für Terrorismusbekämpfung die Freilassung der Politikerin Chaïma Issa angeordnet, bevor die Staatsanwaltschaft

Einspruch gegen die Anordnung einlegte. Issa gehört zur Nationalen Heilsfront (Front de Salut National) und ist eine der zahlreichen Oppositionellen, die im Februar 2023 wegen des Verdachts der Verschwörung gegen die Staatssicherheit inhaftiert wurde (vgl. BN v. 13.02. u. 20.02.23).

Ukraine

Humanitäre Lage und zivile Opfer

Laut Medienberichten wurden die russischen Streitkräfte sowie mit ihnen verbundene Gruppierungen auf die „Liste der Schande“ der UN gesetzt, die Staaten und Organisationen beinhaltet, denen seitens der UN Kinderrechtsverletzungen in Konflikten vorgeworfen wurden. UN-Angaben zufolge wurden im vergangenen Jahr 136 Kinder in der Ukraine durch russische Streitkräfte getötet und 518 weitere verstümmelt, zudem wurden 480 russische Angriffe auf Krankenhäuser und Schulen registriert. Den ukrainischen Streitkräften wurden seitens der UN 80 Fälle von getöteten Kindern und 212 Angriffe auf Krankenhäuser und Schulen zur Last gelegt. Seit Ausbruch der russischen Invasion kamen nach Angaben des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) bis zum 18.06.23 mindestens 9.083 Zivilpersonen auf dem Territorium der Ukraine durch das Kriegsgeschehen ums Leben, weitere 15.779 Menschen wurden als verletzt registriert. Im Mai 2023 kam es laut Angaben der NGO Action on Armed Violence zu 260 festgestellten Vorfällen von explosivem Waffeneinsatz mit insgesamt 798 getöteten oder verletzten Zivilpersonen in der Ukraine, die Mehrzahl davon in den besonders vom Kriegsgeschehen betroffenen Gebieten Donezk (225), Cherson (195) und Dnipropetrowsk (127). Die UN-Sonderberichterstatterin für Folter teilte am 15.06.23 mit, dass Hinweise und Zeugenaussagen für den vorsätzlichen Einsatz von Folter von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen durch russische Militärangehörige sprächen, mutmaßlich eingesetzt würden u.a. Elektroschocks, Vermummungen, Schläge und Scheinhinrichtungen.

Entwicklung des Kriegsgeschehens

Explosionen und Luftangriffe wurden laut ukrainischen Medienberichten am 25.06.23 sowie in den frühen Morgenstunden des 26.06.23 aus den Gebieten Donezk, Luhansk, Saporischschja, Odessa, Sumy, Cherson und Kiew gemeldet. Laut Mitteilung des ukrainischen Generalstabs vom 26.06.23 wurden am Vortag 36 Gefechte mit russischen Streitkräften entlang der Frontlinie im Gebiet Donezk registriert. Infolge eines Raketeneinschlags in ein Wohngebäude in der Hauptstadt Kiew am 24.06.23 kamen laut Angaben lokaler Behörden mindestens fünf Zivilpersonen ums Leben, die Such- und Rettungsarbeiten wurden nach Mitteilung des Staatlichen Rettungsdienstes der Ukraine am späten Abend des 25.06.23 abgeschlossen.

Venezuela

Todesfälle bei gewaltsamen Auseinandersetzungen in Grenzgebieten

Laut Angaben der NGO FundaRedes vom 21.06.23 registrierte die Organisation in den ersten fünf Monaten des Jahres 2023 mehr als 85 gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen nicht-staatlichen bewaffneten Gruppierungen und verschiedenen Einheiten der staatlichen Sicherheitskräfte nationaler oder lokaler Ebene. Dabei sollen in den untersuchten Bundesstaaten Amazonas, Apure, Bolívar, Falcón, Táchira und Zulia mindestens 119 Personen getötet worden seien. Fast die Hälfte aller Sicherheitsvorfälle (40) und getöteten Personen (54) wurden dabei im Bundesstaat Zulia verzeichnet.

Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit: Demonstrationen im Mai 2023

Laut Angaben der venezolanischen Beobachtungsstelle für soziale Konflikte (OVCS) haben im Mai 2023 mehr als 600 Proteste stattgefunden, mehr als 85 % davon hätten sich für mehr wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Rechte eingesetzt. Auch nach mehr als einem Quartal dominierten in diesem Zusammenhang weiterhin Demonstrationen von Arbeitnehmenden für bessere Gehälter und Arbeitsbedingungen. Auch Proteste wegen Einschränkungen in der staatlichen Grundversorgung bzgl. Strom, Wasser oder Gas dauern an. Insgesamt verzeichnete OVCS die Unterdrückung von 14 Demonstrationen durch staatliche Sicherheitskräfte.

Zentralafrikanische Republik

Schwere Auseinandersetzungen zwischen nicht-staatlichen Akteuren in Haut-Mbomou

Bei Gefechten in der Stadt Mboki in der östlichen Provinz Haut-Mbomou am 20.06.23 sollen zahlreiche Kämpfer, aber auch Zivilpersonen getötet worden sein. In Medienberichten ist zum Teil von insgesamt bis zu 44 Getöteten und weiteren Verletzten die Rede. Die lokale Miliz Azandé Ani Kpi Gbé hätte wie schon zuvor im Ort Bambouti (vgl. BN v. 08.05.23) die Rebellen­gruppe Unité pour la paix en Centrafrique (UPC) angegriffen. Azandé Ani Kpi Gbé wirft der UPC vor, die Volksgruppe der Zandé zu bekämpfen. Die UPC wiederum wirft der lokalen Miliz vor, sich an der muslimischen Bevölkerung und der Volksgruppe der Peulh zu vergehen. Dabei habe die Azandé Ani Kpi Gbé die Unterstützung lokaler Politiker. Staatlichen Autoritäten sind in der Region wenig vertreten. Durch die wohl schon länger andauernden Auseinandersetzungen hätten 5.000 Zivilpersonen aus Mboki in die Stadt Zémio (ebenfalls Haut-Mbomou) flüchten müssen, wird mit Berufung auf den Bürgermeister von Zémio berichtet.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de